

Protokoll

5 der Hauptausschusssitzung am 21.01.2019

Beginn: 17.00 Uhr
Ende: 18.40 Uhr

10 anwesende Ausschuss-
mitglieder: Herr Beck
Herr Rogalla
Herr Schneider
Herr Kolan
Herr Rieger (in Vertretung)

15 entschuldigte Ausschuss-
mitglieder: Herr J. Richter
Herr B. Kaiser
Herr Weidemanns

20 anwesende Ver-
waltungsmitar-
beiter: Herr Neumann
Frau Merting
Frau Streiber
Herr Hase
25 Frau Ziemer

- öffentlicher Teil -

30 TOP 1 – Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Beck stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 – Bestätigung der Tagesordnung

35 Es gibt keine Hinweise und Änderungen zur Tagesordnung.

TOP 3 – Entscheidung über Einwendungen zum öffentlichen Teil des Protokolls der Sitzung am 10.12.2018

40 Es gibt keine Einwendungen.

TOP 4 - Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen.

45 TOP 5 – Haushaltssatzung für den Haushaltsplan 2019 – Vorlage 2018/114

50 Herr Kolan nimmt Bezug auf den Vorschlag von Herrn Benjamin Kaiser, im Vorbericht darauf hinzuweisen, dass trotz der Diskussion zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, die Finanzierung der Straßenbauten mit Anliegerbeiträgen geplant ist. Die Verwaltung wird diesen Hinweis einfügen. Die konkrete Formulierung wird den Stadtverordneten vorab zur Kenntnis gegeben.

55 Frau Merting bezieht sich auf die Diskussion in der Bildungsausschusssitzung, in der die Veränderungsliste in komprimierter Form gewünscht wurde. Dazu weist sie auf die Seiten 38 und 39, auf welchen der Gesamtergebnis- und der Gesamtfinanzplan dargestellt sind, hin.

Zusammenfassend nennt sie die Änderungen zum 1. Entwurf mit den Auswirkungen auf den Ergebnis- und den Finanzhaushalt. Der Gesamtergebnisplan weist nun + 372.700 € aus. Im Finanzhaushalt gibt es dahingehend ähnliche Veränderungen. Die Veränderungen im Vergleich zum 1. Entwurf von 370.800 € im Ergebnishaushalt resultieren aus der Reduzierung Personalaufwands, den Kosten für das Organisationsgutachten und die Stellenbewertungen und der Anpassung der Kreisumlage. Da die Aufwandsposten auch zahlungswirksam sind, wirken sie sich auf den Finanzhaushalt aus, was zu einer Verbesserung im Saldo bei der laufenden Verwaltungstätigkeit im Ergebnis zu + 1.4 Mio € führt. Mehrausgaben gibt es im Saldo der Investitionstätigkeit. Zu diesen führen die Verschiebung des Baus Hainmühlweg, Einstellung der Leistungsphasen 1 und 2 für den Parkplatz am Bahnhof, Modulbau Hort 1.Grundschule, Ratsinformationssystem, Ladesäulen am Parkplatz Burglehn und außerordentliche Erträge aus Grundstücksverkäufen.

Herr Beck informiert, dass sich die Mitglieder des Bildungsausschusses bei der Empfehlung der Haushaltsvorlage enthalten haben, der Finanzausschuss einstimmig bei einer Enthaltung für die Vorlage votiert hat und der Bauausschuss sich einstimmig für den Haushaltsplan ausgesprochen hat.

Herr Rogalla begründet das Abstimmungsverhalten des Bildungsausschusses mit den zu spät zur Verfügung gestellten veränderten Sitzungsunterlagen. Er hinterfragt die beabsichtigte Formulierung bezüglich der Straßenausbaubeiträge und die Sperrvermerke.

Herr Kolan will, dem Vorschlag des Herrn Kaiser folgend, im Vorbericht darauf aufmerksam machen, dass die Stadt die Diskussionen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge kennt, aber Straßenausbaubeiträge auf der Einnahmeseite der Investitionen auf Grundlage geltenden Rechts gegengerechnet werden. Sollte es eine Gesetzesänderung geben, besteht die Möglichkeit, diese im Nachtragshaushalt zu berücksichtigen.

Herr Rogalla spricht sich für die genannte Ergänzung im Vorbericht aus, zumal landespolitische Entwicklungen abgebildet werden sollten. Die Fraktionen teilen die Bedenken der Bürger zur Erhebung von Anliegerbeiträgen und würden sich einer landespolitischen Sichtweise zugunsten der Bürger nicht verschließen.

Frau Merting teilt mit, dass sich die Sperrvermerke auf die neuen Kita-Baumaßnahmen beziehen. Der Sperrvermerk soll solange verbleiben, bis die Stadtverordneten die Maßnahmen freigegeben haben.

Herr Schneider übernimmt die Sitzungsleitung.

Herr Beck stellt fest, dass die Stadt zurzeit kein Ermessen bezüglich des Verzichts auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen hat, weshalb die Beitragseinnahmen im Haushalt aufzuführen sind. Er vermutet, dass die Landespolitiker eine Kann-Bestimmung dazu beschließen.

Herr Kolan stellt klar, dass sich die Sperrvermerke nur auf Kita-Baumaßnahmen, nicht auf Straßenbaumaßnahmen beziehen. Aufgrund der Unsicherheit hinsichtlich einer Gesetzesänderung entsteht im Jahr 2019 für Tiefbaumaßnahmen eine gewisse „Abwartehaltung“.

Herr Beck übernimmt die Sitzungsleitung.

Abstimmungsergebnis: dafür: 5, dagegen: -, Enthaltungen: -

TOP 6 – Satzung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts und Auszeichnung mit dem Eintrag ins „Goldene Buch“ der Stadt Lübben (Spreewald) – Vorlage 2017/054

Herr Hase teilt mit, dass die Fraktion Pro Lübben die Vorlage für den Monat Januar zurückgezogen hat. Ehrungen und Auszeichnungen werden mit Überarbeitung der Hauptsatzung,

115 deren Entwurf den Stadtverordneten bereits zugegangen ist, geregelt. Der Rücksprache mit der Fraktion hat er entnommen, dass die Fraktion die Regelung in der Hauptsatzung als beschlussfähig einschätzt

Herr Beck erklärt, dass er die beabsichtigte Regelung der Verwaltung in der Hauptsatzung mitträgt. Seinerseits gibt es nur redaktionelle Hinweise.

120 TOP 7 – Bildung eines Wahlkreises auf dem Wahlgebiet der Stadt Lübben (Spree-
wald)/Lubin (Blota) für die Kommunalwahlen am 26.05.2019 – Vorlage 2019/001

Herr Hase plädiert dafür, nur einen Wahlkreis zu bilden, da sich diese Verfahrensweise bewährt hat.

125 Abstimmungsergebnis: dafür: 5, dagegen: -, Enthaltungen: -

TOP 8 – kostenfreie Nutzung kommunaler Sportanlagen für die evangelische Grundschule –
Vorlage 2019/004

130 Frau Streiber erinnert, dass die Vorlage, mit der ursprünglich eine Satzungsänderung begehrt wurde, angepasst wurde, da dem Anliegen auch ohne Satzungsänderung mittels Vereinbarung Rechnung getragen werden kann.

135 Herr Kolan ergänzt, dass, sofern der Auftrag an die Stadt geht, mit dem Träger der evangelischen Grundschule die kostenfreie Nutzung vertraglich vereinbart wird. Es handelt sich dabei nicht um einen Wunsch der Verwaltung, sondern um einen aus dem politischen Raum, denn die Verwaltung ist verpflichtet, die Einnahmen für die Nutzung durch Dritte zu generieren.

140 Abstimmungsergebnis: dafür: 5, dagegen: -, Enthaltungen: -

TOP 9 – Bau eines Kinderspielplatzes in der Steinkirchner Dorfaue – Vorlage 2019/003

145 Herr Kolan sagt, dass der Wunsch, einen Kinderspielplatz in Steinkirchen zu bauen, bisher nicht an die Verwaltung herangetragen wurde. Die Verwaltung nimmt dieses Anliegen jedoch wohlwollend entgegen. Mit dem Einbringer der Vorlage wurde auf folgende Änderung der Formulierung des Ortes verständigt: statt in der Steinkirchner Dorfaue soll es heißen *im Orts-
teil Steinkirchen*. Herr Kolan stellt das Prüfergebnis bis September 2019, möglicherweise auch früher, in Aussicht.

150 Herr Rogalla und Herr Schneider finden das Anliegen berechtigt und zeigen Unterstützung für die Vorlage an. Herr Rogalla merkt an, dass häufige Abwesenheiten des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Pro Lübben die Abstimmung zwischen den Fraktionen nicht erleichtert.

155 Herr Beck gibt zur Kenntnis, dass die Fachausschüsse für die Vorlage votiert haben.

Abstimmungsergebnis: dafür: 5, dagegen: -, Enthaltungen: -

160 TOP 10 – Bebauungsplan Nr. 26, Einzelhandelsstandort Postbautenstraße, Entwurfs- und
Offenlegungsbeschluss – Vorlage 2019/002

165 Die Ausschussmitglieder nehmen die unmittelbar vor der Sitzung ausgereichte Änderung zur Kenntnis. Herr Neumann weist auf die unbeschränkt gültige Baugenehmigung für den REWE-Markt hin, weshalb auf der Fläche weiterhin Einzelhandel betrieben werden kann. REWE versucht seit Jahren vehement, ein Sondergebiet zu entwickeln, um eine größere Fläche (über 1000 m² Verkaufsfläche) auszuweisen. REWE erklärt immer wieder, den Standort zu verlassen, wenn das neue Konzept nicht umgesetzt werden kann.

Die Ausschusssmitglieder sprechen sich dagegen aus einzuschätzen, dass eine wirtschaftliche Betriebsführung in der Frankfurter Straße nicht möglich ist, wenn dem Ansinnen der Entwicklung in der Postbautenstraße entsprochen wird. In Verantwortung derer, die im Einzugsbereich liegen, sehen sich die Ausschusssmitglieder nicht in der Lage, der Vorlage mit dieser Formulierung zuzustimmen. Sie verständigen sich nach kurzer Diskussion, auf Seite 24 der Begründung zum B-Plan folgende Änderung zu empfehlen: Der letzte vollständige Satz auf Seite 24 der Begründung ist zu streichen. Der letzte Satz dieser Seite soll lauten:

170
175 Eine verbindliche Aussage über die Auswirkungen auf den REWE-Markt in der Frankfurter Straße kann zurzeit nicht getroffen werden; es ist festzustellen, dass dieser Standort nur wenige Kopplungsmöglichkeiten mit weiteren Einzelhandelbetrieben aufweist, zudem überschneiden sich der Einzugsbereich dieses Marktes mit dem der Postbautenstraße.

180 Es wird darauf hingewiesen, dass dementsprechend auch die Seiten 81 bis 83 der Begründung zu ändern sind. Die Änderung (Austauschblätter) geht allen Stadtverordneten vor der StVV zu.

Herr Beck informiert, dass der Bauausschuss sich für die Vorlage ausgesprochen hat.

185
Abstimmungsergebnis zur Vorlage mit oben genannter Änderung: dafür: 5, dagegen: -, Enthaltungen: -

TOP 11 – Petition gegen Rodungsarbeiten im Bereich Heideweg – Vorlage 2018/094

190 Den Ausschusssmitgliedern liegt der Entwurf der abschließenden Antwort auf die Petition vor.

Herr Schneider spricht sich für die Herstellung eines ordentlichen Pflegezustandes, ggf. das Anlegen eines Trockenrasens aus.

195
Abstimmungsergebnis: dafür: 5, dagegen: -, Enthaltungen: -

TOP 12 – Informationen des Bürgermeisters öffentlicher Art

200 Herr Kolan informiert, dass für die Wahl des Verbandsausschusses des Wasser- und Bodenverbandes Kandidaten vorzuschlagen sind. Die Verwaltung stellt dafür Unterlagen des Verbandes zur Verfügung. Er bittet um Einreichung von Vorschlägen seitens der Fraktionen bis 07.02.19. Es sind 4 Personen und eine Ersatzperson zu entsenden. Die Verwaltung schlägt die Mitarbeiterin Frau Antonia Höhne vor. Sie hat die Qualifikation einer Wasserbauingenieurin. Es ist vorgesehen, in der StVV im Februar mittels Informationsvorlage die Kandidatenliste zu besprechen. Es können mehr Personen vorgeschlagen werden, als es zu vergebende Sitze gibt.

205

Herr Neumann erklärt, wer für die Kandidatur in Frage kommen könnte (z.B. Ortsvorsteher, Vertreter der Agrargenossenschaft, Kahnfährlleute).

210

Herr Kolan informiert über den Fördermittelbescheid aus der Förderrichtlinie Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur für die Brücken Lehnigksberg und Nordumfluter. Die 90%ige Förderung beträgt 840 T€.

215

Herr Kolan berichtet über den Brand und den Feuerwehreinsatz in der Schillerstraße 12, bei dem alle Lübbener Wehren (außer Treppendorf) und weitere Wehren im Einsatz waren. Außerdem waren Johanniter und Polizei tätig. Er dankt für die Unterstützung des Klinikums Dahme-Spreewald für die Beherbergung und die Versorgung sowie den Kameraden der Feuerwehren. 34 Personen mussten zunächst evakuiert werden. Nach den Löscharbeiten konnten einige Personen wieder in die Wohnungen. 10 Wohnungen sind aufgrund des Löschwassers zurzeit nicht bewohnbar. Die LWG und das Ordnungsamt haben sich intensiv

220

um die betroffenen Personen gekümmert. Herr Kolan freut sich über Hinweise aus der Bevölkerung zu Hilfsangeboten und Spenden.

225

In diesem Zusammenhang wird es eine Diskussion zur Ausrückeordnung zwischen Verwaltung und Feuerwehr geben.

230

Der Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass bis zum 31.01. Hinweise zur Hauptsatzung gesammelt werden. Herr Hase ergänzt, dass die Verwaltung danach dazu Stellung nehmen wird. Die Beschlussfassung ist im April vorgesehen.

235

Herr Kolan weist darauf hin, dass für die Kinder- und Jugendbeteiligung jetzt die Muster-Variante des Städte- und Gemeindebundes aufgegriffen wurde. Im bevorstehenden Dialog mit den Jugendlichen ist zu ermitteln, in welcher Form die Jugendlichen sich bei dieser Variante wieder finden bzw. was darüber hinaus gewünscht wird.

TOP 13 – Anfragen / Hinweise öffentlicher Art

240

Herr Rogalla kennt das Schreiben der Ortswehr Treppendorf, aus welchem große Unzufriedenheit mit der Alarm- und Ausrückeordnung zu entnehmen ist. Er sieht Handlungsbedarf, um die Motivation der aktiven Kameraden zu erhalten und zu pflegen. Er bittet, den Prozess der Überarbeitung dieser Ordnung voranzutreiben und den Schulterschluss mit dem Ortswehrführer zu suchen und ihn einzubeziehen.

245

Frau Streiber teilt mit, dass in Kürze eine Abstimmung mit der Stadtwehrführung dazu erfolgt, so dass eine zeitnahe Antwort erfolgen kann.

250

Herr Kolan weist auf die Jahreshauptversammlungen der Wehren Treppendorf und Lubolz in dieser Woche hin. Erste Hinweise können zur Versammlung in Treppendorf bereits gegeben werden.

255

Herr Rogalla merkt an, dass den Stadtverordneten die Einladung für die Jahreshauptversammlung in Treppendorf nicht vorliegt.

Herr Kolan will prüfen, an wen die Einladungen gerichtet waren.

260

Herr Schneider spricht sich für kurzfristiges Reagieren auf die Hinweise der Feuerwehr aus, um Frust bei Ehrenamtlern zu vermeiden. Er erkundigt sich nach dem Stand der Errichtung von Urnenstelen in den Ortsteilen, insbesondere in Radensdorf.

265

Herr Kolan und Herr Neumann berichten über die Abfrage der Bedarfe in den Ortsteilen. Aufgrund unterschiedlicher Auffassungen im Ortsteil Hartmannsdorf hat sich die Bestellung verzögert. Herr Neumann prüft, ob die Ausschreibung erfolgt ist.

Herr Beck schließt den öffentlichen Sitzungsteil und stellt Nichtöffentlichkeit her.